

Anrede,

der heute vorzustellende Haushaltsplan für das Jahr 2005 ist einerseits deutlich geprägt von den allgemeinen schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unserer Volkswirtschaft und andererseits von den notwendigen Konsolidierungsbemühungen der städtischen Haushaltswirtschaft, die durch das HSK vorgegeben sind.

Zwar hat sich die allgemeine Finanzlage der deutschen Städte im Jahr 2004 besser entwickelt, als noch zu Beginn des Vorjahres befürchtet, aber die finanzielle Situation der Städte, insbesondere auch die unserer Heimatstadt, bleibt äußerst angespannt. Gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen standen erhebliche Mindereinnahmen bei Finanzausweisungen und dem Anteil an der Einkommenssteuer gegenüber. Durch äußerste Ausgabendisziplin, bessere Einnahmen und erhebliche zusätzliche Anstrengungen zur Reduzierung von laufenden Personalkosten konnten das Jahr 2004 so abgeschlossen werden, dass es keine zusätzlichen Sorgen macht. Die unsichere Entwicklung der Konjunktur bei weiterer Aufgabenbefrachtung der Städte ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich und die Auswirkungen sowohl der Einkommenssteuersenkungen als auch der steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten für die Unternehmen, machen auch für die Zukunft eine verlässliche Aussage über die Steuer- und damit die Einnahmeentwicklung sehr schwierig. Deutlich wird aber die Tendenz, die von der Vorsitzenden des deutschen Städtetages, der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth wie folgt charakterisiert wurde (Zitat):
„Die Finanzprobleme der Städte sind noch lange nicht gelöst. Der Verfall der städtischen Infrastruktur, der Schulen und Straßen, wird sich nur umkehren lassen, wenn den Städten dauerhaft eine Finanzausstattung

gesichert wird, die ihren Aufgaben entspricht. Deshalb müssen wir weiter eine Gemeindefinanzreform fordern.“ Diese Aussage kann ich nur zu 100 % unterstützen.

Das vorläufige Scheitern der Föderalismuskommission ist zwar ein schlechtes Zeichen für die Reform- und Kompromissfähigkeit von Bund und Ländern, dies sollte uns als Städte und Gemeinden aber nicht davon abhalten, unsere berechtigten Interessen weiterhin mit Nachdruck zu verfolgen und eine ausreichende Finanzausstattung einzufordern.

Anrede,

die ursprünglichen Finanzplanungen für das Jahr 2005 wurden durch erhebliche Zusatzbelastungen wie voraussichtlich geringere Schlüsselzuweisungen, Rückgänge beim Anteil an der Einkommenssteuer, geringerer Gewinnabführung der Stadtwerke und andererseits höherer Zuschüsse z.B. im Bereich Gebäudeunterhaltung sowie eine höhere Kreisumlage erheblich infrage gestellt. Kurzer Hinweis Erhöhungswünsche Umlage LWL.

Anrede,

Ein zentrales Thema der diesjährigen Haushaltsplanung war die Umsetzung der Arbeitsmarktreformen.

Das erneute Anwachsen der kommunalen Sozialausgaben (Bundesdurchschnitt 6 % Steigerung in den ersten 3 Quartalen 2004 gegenüber dem Vorjahr und Zunahme um 45 % gegenüber 1992) macht deutlich, wie überfällig die Arbeitsmarktreformen mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe waren. Dabei geht es im Kern um wirksamere Hilfe für Langzeitarbeitslose und den Abbau von überflüssigen Doppelstrukturen. Die erforderlichen Vorarbeiten sind im Märkischen Kreis von uns als Stadtverwaltung

vorbildlich geleistet worden. Den daran mittelbar und unmittelbar Beteiligten möchte ich von dieser Stelle aus noch einmal meinen ganz herzlichen Dank für diesen keineswegs selbstverständlichen Einsatz aussprechen. Hier ist manches Wochenende geopfert worden und mit zahlreichen Überstunden dafür gesorgt worden, dass die Stadt Lüdenscheid ihren Beitrag für einen gelungenen Start der neuen ARGE fristgemäß und zuverlässig erbracht hat. Ich gehe davon aus, dass die 27 städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese, gerade in der Anfangsphase besonders schwierigen Aufgaben erfolgreich bewältigen können und werden. Um aber den eigentlichen Zweck, die bessere Vermittlung von Langzeitarbeitslosen erreichen zu können, ist es aber unabdingbar erforderlich, dass von Seiten des Bundes ausreichende Mittel für die Eingliederung zur Verfügung gestellt werden. Wir von der Stadt Lüdenscheid werden jedenfalls alles in unseren Kräften stehende leisten, um hier voran zu kommen und erwarten allerdings das gleiche von allen andere Beteiligten. Deshalb war es für uns eine Selbstverständlichkeit im Bereich der geplanten Arbeitsgelegenheiten ein der ARGE ein Angebot zu unterbreiten. Unser vorgelegtes Konzept war schlüssig und hat dazu geführt, dass für verschiedene Bereiche unserer Stadt in 2005 ca. 175 Plätze zur Verfügung stehen, auf denen jahresdurchschnittlich 350 Langzeitarbeitslose praktisch tätig werden können. Das Bewilligungsvolumen der ARGE liegt bei 945000 € und umfasst neben den unmittelbaren Aufwandsentschädigungen Mittel für die Qualifikation der Betroffenen, die Administration der Aufgabe, Fahrtkosten, Arbeitskleidung und Anleitungskräfte. Dabei legen wir als Stadt Lüdenscheid selbstverständlich größten Wert darauf, dass es sich dabei um **zusätzliche** Tätigkeiten handelt, die keine bestehenden Arbeitsplätze und Arbeitsverhältnisse gefährden. Im übrigen ist im Rahmen der zusätzlichen, gemeinnützigen Tätigkeiten nach dem

Asylbewerberleistungsgesetzes auch eine erhebliche Ausweitung geplant, um hier mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, für die Unterstützung durch die Allgemeinheit auch in Form von gemeinnützigen Tätigkeiten ein Stück Gegenleistung zu erbringen.

Anrede,

Alle Bemühungen der Arbeitsmarktreformen sind allerdings darauf gerichtet, dass viele Menschen wieder eine Chance auf dem 1. Arbeitsmarkt erhalten. Trotz begrenzter Einflussmöglichkeiten bleiben kommunale Bemühungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine dauerhafte und wichtige Aufgabe. Die Bereitstellung von ausreichenden Gewerbegrundstücken wie zur Zeit im Gebiet Wibscha oder in der Rosmart GmbH und der notwendigen Infrastruktur gehört ebenso dazu wie die Möglichkeit für die weitere Zukunft andere Flächen zu erwerben und ihre Entwicklung voranzutreiben. Ganz aktuell sind dabei der Erwerb der Restflächen von der Bahn und die Entwicklung der Gelände sowohl in Brügge als auch am Lüdenscheider Bahnhof für attraktives Gewerbe. Wir müssen aber auch versuchen, durch stärkere regionale Kooperation im Energiesektor attraktive Angebote sowohl für die Verbraucher wie auch für das heimische Gewerbe zu ermöglichen. Dabei bleibt abzuwarten, welche Notwendigkeiten sich aus der aktuell anstehenden Reform des Energiewirtschaftsrechtes ergeben.

Das die Bemühungen zu einer intensiveren und kompakteren Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktpolitik bei mir hohen Stellenwert genießen, wird dadurch deutlich, dass mit der Einrichtung einer entsprechenden Stabsstelle beim Bürgermeister die Voraussetzungen geschaffen worden sind, dass diese Themen auf dem kürzest möglichen

Dienstweg und mit hoher Priorität beraten und entschieden werden. Neben den dringenden Anliegen von ansässigen Unternehmen geht es mir dabei auch um Intensivierung der Ausbildungsbemühungen in unserer Stadt, dazu benötigen wir die Anstrengung aller Beteiligten. Diesem Ziel dienen nicht zuletzt Gespräche mit Unternehmensleitungen und Betriebsräten zum Thema Ausbildung. Wir als Stadt Lüdenscheid gehen hier bewusst mit gutem Beispiel voran und wollen im kommenden Ausbildungsjahr 11 Auszubildenden direkt bei der Stadt die Möglichkeit zu einer qualifizierten Ausbildung eröffnen, weitere 4 Auszubildende sollen beim STL neu ausgebildet werden. Auch bei den mit der Stadt Lüdenscheid verbundenen Betrieben und Einrichtungen sollen die Ausbildungsbemühungen fortgesetzt und intensiviert werden. Es geht aber auch um die Verbesserung der Struktur bei der Unterstützung im Bereich Forschung und Entwicklung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Hier kommt gerade unserem EGC und den dort verorteten Instituten größte Bedeutung zu und ich bin optimistisch, dass es uns gelingt hier die Perspektiven zu verbessern. Gerade die jüngsten Projekte im Kunststoffinstitut, aber auch beim Lichtinstitut und dem Institut für Umformtechnik sind dazu angetan, zusätzliche positive wirtschaftliche Impulse zu setzen.

Zu einer gedeihlichen Wirtschaftsentwicklung gehört auch ein ordentliches Straßennetz. Hier hoffe ich, dass es unserem leistungsfähigen STL gelingt, die notwendige Straßenunterhaltung zu leisten. Allerdings ist dies einer der klassischen Investitionsbereiche, in die ebenso wie in die Gebäudeunterhaltung bei der ZGW dringend weitere investive Mittel fließen müssten, um dauerhafte Schäden an der Substanz zu vermeiden. Leider verfügen wir leider weder aktuell noch auf absehbare Zeit über die dazu notwendigen Finanzmittel.

Anrede,

lassen Sie uns gemeinsam versuchen, den Gründergeist, der viele Unternehmer und Arbeitnehmer in der Vergangenheit ausgezeichnet hat, überall da zu befördern, wo wir es als Stadt Lüdenscheid vermögen.

Dazu gehört auch, dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserer Stadt eine möglichst breite Palette qualifizierter Weiterbildungsangebote zur Verfügung steht, denn mit einer einmaligen qualifizierten grundständigen Schul- und Berufsausbildung ist heute eine erfolgreiche Berufslaufbahn nicht mehr auf Dauer gewährleistet und deshalb gehe ich davon aus, dass unsere städtische Volkshochschule unter neuer Leitung hier wichtige Impulse für die Weiterbildung geben kann.

Für eine wirksame Wirtschaftsförderung ist es aber auch von besonderer Bedeutung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmen eine attraktive Stadt zu bieten, in der es sich lohnt zu leben und zu arbeiten.

Anrede,

dazu gehört selbstverständlich eine Innenstadt mit hohem Erlebniswert. Die Stadt Lüdenscheid ist hier auf einem guten Weg. Allerdings gibt es bei unseren unmittelbaren Bauvorhaben sowohl beim Rathausplatz als auch bei der Rathausmodernisierung Entwicklungen im Bereich der Termine und der Kosten, die unsere gemeinsame höchste Anstrengung erfordern, um die absehbaren Überschreitungen so gering wie möglich zu halten und dabei gleichzeitig das Ziel einer erheblichen Attraktivitätssteigerung fest im Blick zu behalten. Die weiteren Einzelheiten und sinnvollen Strategien sollten wir in der unmittelbar anstehenden Sitzung des Bauausschuss diskutieren und beschließen. Ich bitte Sie aber, gerade wegen der angedeuteten terminlichen und

finanziellen Risiken zu entschuldigen, dass ich hier erst eine klare Linie benötige, bevor weitere Perspektiven bezüglich der Gestaltung des Sternplatzes ernsthaft entwickelt werden.

Die weiteren Entwicklungen und Investitionen in der Innenstadt sollten in einem offenen Dialog mit der Bevölkerung diskutiert werden, bevor hier weitere Entscheidungen gefällt werden,

Was die Entwicklungen des Einzelhandels und das vertretbare und vernünftige Verhältnis innerstädtischer und außerhalb liegender Angebote betrifft, erwarten wir uns alle von dem in Arbeit befindlichen Einzelhandelsgutachten Hinweise und Aufschlüsse mit denen wir dann gemeinsam arbeiten können. Erste Erkenntnisse der Gutachter wollen wir demnächst mit Interessierten und betroffenen Einzelhändlern erörtern, bevor im nächsten Schritt Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. Dabei geht es darum, sowohl durch einen guten Branchenmix als auch durch die richtigen Angebote an der richtigen Stelle unseren Beitrag zur Verhinderung von dauerhaften Ladenleerständen und zur dauerhaften Attraktivitätssteigerung von Lüdenscheid.

Diesem Ziel dient auch die für 2005 geplante Aktion im Rahmen der City Offensive „Ab in die Mitte“ Parklandschaften in Lüdenscheid. Wir alle können zufrieden sein, dass es gelungen ist, mit dieser vielversprechenden Konzeption beim Landeswettbewerb erfolgreich zu sein und 70000 € Zuschuss zu erhalten. In diese Konzeption wurden bewusst auch die Elemente unserer Stadt des Lichts aufgenommen, die sich als besonders attraktiv und publikumswirksam erwiesen haben und relativieren damit auch die bewusste Pause bei den Lichttrouten im Jahr 2005.

Anrede,

den Arbeitsplätzen und dem Wirtschaftsstandort widmet sich zu Recht ein wichtiger Teil der städtischen Aktivitäten. Von besonders großer Bedeutung bleibt aber auch die weitere Bevölkerungsentwicklung. Wir sollten alles daran setzen, dem fortgesetzten Rückgang unserer Bevölkerung entgegen zu wirken. (Kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang von 81488 in 2000 bis 79847 Stichtag 2004 jeweils 01.11.des Jahres).

Projekte wie die familienbezogenen Elemente bei der Grundstücksvergabe im Bereich „ Zum Stucken“ sind ein richtiger Anfang und sollten in der Zukunft, gerade bei der geplanten Erschließung neuerer, kleinerer Baugebiete fortgesetzt werden. Auch unsere Lüdenscheider Wohnstätten AG sollte bei möglichen Verkaufsaktivitäten Angebote für Familien mit mehreren Kindern entwickeln, die auch bei geringeren Einkommen fehlende Finanzmittel durch entsprechende Eigenleistungen ersetzen können. Doch nicht nur das unmittelbare Wohnen ist hier von Bedeutung, auch das Wohnumfeld und Spielflächen sind wichtig für Familien mit Kindern. Deshalb ist das gut durchdachte und im Haushaltsentwurf für das Jahr 2005 mit 200000 € ausgestattete Spielplatzprogramm 2005 – 2010 ein weiteres Element bei den Bemühungen, unsere Stadt attraktiver für Familien mit Kindern zu gestalten. Dem müssen wir schon allein deshalb durch ein solches Programm Rechnung tragen, weil wir in der Vergangenheit die natürlichen Frei- und damit Spielflächen massiv bebaut haben und damit die Spielplätze in diesem Zusammenhang eine zunehmende Bedeutung haben. Deshalb soll dieses Programm auch in den Folgejahren konsequent fortgesetzt und mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet werden. Die Umsetzung dieses Programms setzt dabei konsequent auf Beteiligung von Kindern, Eltern und der interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Für Familien mit Kindern sind verlässliche Betreuungs- und attraktive Bildungsangebote ein ganz besonders wichtiger Standortfaktor. Deshalb muß das Angebot für Kinder im Vorschulalter bedarfsgerecht und auch qualitativ weiterentwickelt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist gerade für junge, gut ausgebildete Frauen heute eine selbstverständliche Forderung. In Lüdenscheid liegt die Erwerbstätigenquote von Frauen auf einem hohen Niveau. Das bedingt eine besonders hohe Nachfrage nach guten vorschulischen Bildungs- und Betreuungsangeboten. Ob das mit dem aus dem vergangenen Jahr kontrovers diskutierten und im Rat nur mit knapper Mehrheit beschlossenen Schließungs- und Umwandlungskonzepten verschiedenen Kindergartengruppen erreicht werden kann, ist zur Zeit nicht klar einzuschätzen. Der Rückzug aus der bisherigen Form der Trägerfinanzierung großer konfessioneller Träger bringt uns als Stadt in größte Schwierigkeiten. Sollte es bei den Ankündigungen der großen Träger bleiben, ist der Landesgesetzgeber dringend zum Handeln aufgefordert. Wenn es dem Gesetzgeber wirklich ernst ist mit dem Bildungsauftrag der vorschulischen Einrichtungen, benötigen wir als Stadt Lüdenscheid dringend die zusätzliche Finanzmittel.

Höhere Nachfrage nach Betreuungsangeboten in Kindergärten und in der offenen Ganztagesgrundschule machen bei uns möglicherweise ein Umdenken und veränderte Planungen notwendig. Dieser Trend könnte sich bei einer bereits diskutierten sozialen Staffelung von Elternbeiträgen noch verstärken. Ich möchte an dieser Stelle der Diskussion in den entsprechenden Fachausschüssen nicht vorgreifen, aber erlauben sie mir an dieser Stelle den kurzen Hinweis auf den möglicherweise entstehenden Personalaufwand bei gestaffelten Beiträgen: Zur Zeit wird die Aufgabe für Beitragserhebung und Abrechnung von ca. 2500 Kindern in Kitas von knapp zwei Planstellen bewältigt.

Welch hohe Bedeutung sowohl eine verbesserte Ausstattung der offenen Ganztagsgrundschule als auch der Grundschulen allgemein für die Verwaltung hat, wird aufgrund der Tatsache deutlich, dass hier trotz der äußerst angespannten Haushaltslage für personell/sachliche Verbesserungen bei allen Gruppen der offenen Ganztagsgrundschule insgesamt zusätzliche 45.000 € (Zum Vergleich kostet allein der städtische Betriebskostenzuschuss für **eine** Hortgruppe 80000 €) zur Verfügung stehen sollen. Für die innere Modernisierung der Grundschulen stehen über die 20000 € aus 2004 hinaus jetzt 75.000 € zur Verfügung. Ich befinde mich in der Einschätzung, dass wir gerade bei unseren Jüngsten unbedingt erheblich mehr in Bildung und Erziehung investieren müssten, in so unverdächtiger Gemeinschaft wie der verschiedener Arbeitgeberverbänden oder der OECD. Natürlich ist und bleibt dies nach meinem Verständnis zunächst eine gesamtstaatliche Aufgabe, aber die Stadt Lüdenscheid macht mit diesem Haushaltsentwurf deutlich, dass es uns ernst ist mit veränderten Prioritäten, auch wenn diese Veränderung angesichts der Haushaltsprobleme zwangsläufig viel bescheidener ausfallen muss als es sinnvoll wäre. Das gleiche gilt auch für bauliche Investitionen für die Weiterentwicklung unserer Schulen. Hier wäre vieles über die jährliche Schulpauschale des Landes hinaus zu tun, aber dazu fehlt zur Zeit der finanzielle Spielraum.

Anrede,

aus Kindern werden Jugendliche mit ihren veränderten Wünschen und Vorstellungen. Ich fand es schon beeindruckend, wie intensiv die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an unserem Wettbewerb zur künstlerischen Gestaltung des Bauzaunes war, der sich inhaltlich mit

Lüdenscheids näherer Zukunft beschäftigte. Ich möchte in diesem Jahr den Dialog mit der Generation in unserer Stadt verstärken, die bald in der direkten Verantwortung für unser Gemeinwesen steht. Die Möglichkeiten erheblicher Ausweitung von städtischen Angeboten für die Jugend sind durch die engen Finanzen sehr begrenzt und eingeplante Mittel z.B. für den Ausbau eines möglichen jugendkulturellen Zentrums im Brügger Bahnhofsgebäudes habe ich leider auch nicht vorgefunden. Ein ganz wichtiges jugendkulturelles Anliegen scheint aber die Bereitstellung von Übungsräumen für Jugendbands zu sein. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die Diskussionen, die seit der Umwandlung des ehemaligen Jugendzentrums „Schillerbad“ zum Brauhaus immer wieder geführt wurden. Der Bedarf scheint ungebrochen vorhanden zu sein. Aus diesem Grund, vor allem weil hier ja nicht Kultur konsumiert, sondern Jugendlichen Chancen zu eigenem kreativen Schaffen eröffnet werden, sollen dem Jugendkulturbüro für die Anmietung entsprechender Räumlichkeiten Mittel von max. 10000 € im Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Der Aufschwung bei der Jugendfeuerwehr, der ja von einem sehr engagierten Förderverein begleitet wird, wird zur Zeit vor allem wegen fehlender Raumkapazitäten gehemmt. Bei Bereitschaft der Lüdenscheider Feuerwehr notwendige Investitionen in neue Fahrzeuge so zu verschieben, das sich neue Finanzspielräume ergeben könnten, sehe ich bei gutem Willen aller Beteiligten, realistische Möglichkeiten, die räumliche Unterbringung der Jugendfeuerwehr in neuen Räumlichkeiten an der Hauptwache zu realisieren. Wir sollten Jugendliche überall da, wo sie bereit sind, ihre Stadt mitzugestalten dazu ermutigen und befähigen, denn je früher bürgerschaftliches Engagement eingeübt und praktiziert wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Haltung auch als Erwachsener aufrecht erhalten bleibt.

Auch die geplanten verstärkten Aktivitäten im Bereich der Gewaltprävention und des Jugendschutzes , die sowohl im Grundschulbereich als auch bei den weiterführenden Schulen geplant sind, möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich begrüßen, denn sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen in unserer Stadt.

Anrede,

die Menschen in Lüdenscheid leben in der Regel nicht im Zentrum unserer Stadt, sondern in den verschiedenen Stadtteilen und Wohnquartieren. In dem nun entwickelten Konzept einer stärkeren Stadtteilorientierung geht es im übrigen nicht um die Erfüllung abstrakter Wahlversprechen, sondern darum, bürgerschaftliches, selbstverantwortliches Handeln dort zu fördern, wo die Menschen in unserer Stadt leben. Dabei ist die Frage einer finanziellen Ausstattung gar nicht der entscheidende Gesichtspunkt, sondern der damit verbundene neue Arbeitsansatz und die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Die Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Stadtteilen müssen sehr sparsam und wirtschaftlich mit ihrem eigenen Geld umgehen und ich bin der festen Überzeugung, dass sie dies mit öffentlichen Mitteln erst recht tun würden. Die bisherigen Erfahrungen erfolgreich arbeitender Stadtteilkonferenzen, dies können auch Formen wie Stadtteilgruppen, runde Tische u.ä. sein, zeigen, dass sich die Interessen der beteiligten Bürgerinnen und Bürger nicht auf Themen der Jugendhilfe begrenzen lassen. Aus diesem Grund soll ein solcher stadtteilorientierter Ansatz in allen Ämtern dazu führen, dass ein fairer Dialog ermöglicht wird. Und wenn es in einem solchen Dialog zu wirklich guten Verbesserungsvorschlägen kommt, ist es doch sinnvoll wenn für kleinere Maßnahmen auch bescheidene finanzielle Mittel im städtischen

Haushalt zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund der lang anhaltenden finanziellen Knappheit in der städtischen Kasse sind gelegentliche kleine, überschaubare und von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern getragene Projekte sinnvoller als großzügige städtische Planungen (wobei hier oft die Planungskosten schon die Kosten mehrerer kleiner Projekte überschreiten). Gerne erinnere ich mich in diesem Zusammenhang an eine Rede der 1.stellvertretenden Bürgermeisterin Frau Meyer, die anlässlich eines Jubiläums im Haus der Jugend, für diesen Stadtteil die Einrichtung einer Stadtteilkonferenz als sehr wünschenswert bezeichnet hat.

Anrede,

lassen sie mich zusammenfassend sagen, der vorgelegte Haushaltsplan mit der Finanzplanung zeigt den Ernst der Lage ungeschminkt auf. Dabei ist es für mich wenig tröstlich zu wissen, dass sich die Stadt Lüdenscheid mit diesen Schwierigkeiten in der Gesellschaft der übergroßen Mehrheit unserer Städte befindet. Allein auf Hilfe von Land, Bund oder Europa zu setzen wäre falsch und illusorisch. Aber wir müssen unsere Interessen dort lautstärker und wirkungsvoller vertreten als bisher und dies über alle Parteigrenzen hinweg.

Wir müssen aber auch alles in unserer eigenen Kraft stehende tun, um unsere Haushaltsprobleme zu meistern. Die Mühen des HSK wären sinnlos, wenn es uns nicht gelänge, 2006 einen strukturellen Haushaltsausgleich des Verwaltungshaushaltes zu bewerkstelligen. Das ist in der derzeit vorliegenden Finanzplanung nur mit einer Anhebung der Realsteuern zu leisten. Ob und in welchem Umfang dies aber wirksam wird, liegt auch an uns, an unseren Anstrengungen im vor uns liegenden Jahr 2005. Allerdings möchte ich sie darum bitten, alles gemeinsam zu

versuchen, um zu verhindern uns in die traurige Reihe der Städte und Gemeinden nach § 81 GO einreihen zu müssen und damit unseren Anspruch auf kommunale Selbstverwaltung weitestgehend aufzugeben. Dann haben wir kaum noch Chancen auf eine verbesserte Ausgangslage im interkommunalen Wettbewerb. Neuen Herausforderungen im Bereich der Familienförderung, des Bildungswesens oder des demografischen Wandels können wir dann allenfalls mit dem Verweis auf mögliche Pflichtaufgaben des Gesetzgebers begegnen. Dabei kann und darf es nicht um die Fortschreibung bestehender Ansprüche und damit bestehender Verhältnisse gehen, sondern sowohl bei der Personalwirtschaft als auch bei den Sachausgaben benötigen wir äußerste Ausgabendisziplin und eine Aufgabenkritik, die diesen Namen auch verdient. Die Einführung der NKF wird helfen, die Wirtschaftlichkeit verschiedener Verwaltungsbereiche zu dokumentieren.

Anrede

All diese vor uns liegenden Aufgaben können wir nur mit engagierten und vor allem motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgreich lösen. Viele solcher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe ich im Laufe der ersten Monate meiner Arbeit als hauptamtlicher Bürgermeister schon persönlich kennen- und schätzen gelernt. Ihre Motivation ist bei den vor uns liegenden Aufgaben das wichtigste Gut, ich bitte sie daher dies auch bei den nun bevorstehenden Haushalts- und Stellenplanberatungen zu berücksichtigen. Die Stellenplanvorschläge zielen genau darauf ab. Bei der Einführung von NKF und der Verstärkung der Systemtechnik geht es um Zukunftsinvestitionen, die uns mittel- und langfristig erheblichen Gewinn versprechen, zumal es bei der Systemtechnik auch um eine nachhaltige Unterstützung der IT Arbeit an den Lüdenscheider

Schulen, insbesondere den Grundschulen, gehen soll. Bei den Stellenplanänderungen folge ich bewusst den Vorschlägen der unabhängigen Bewertungskommission, denn dieses System ist über viele Jahre anerkannt und hat sich bewährt. Wenn wir erwarten, dass immer weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer mehr Aufgaben mit möglichst guten Ergebnissen im Sinne unserer Stadt erledigen, müssen wir auch bereit sein, solchen Einsatz entsprechend zu vergüten.

Anrede,

Der vorliegenden Haushaltsplanentwurf bietet Wege und Möglichkeiten für eine sachgerechte Diskussion in den Gremien des Rates .

Wenn wir auf bei den anstehenden Haushaltsplanberatungen den fairen Kompromiss suchen, bin ich zuversichtlich, zu einem guten und konstruktiven Ergebnis zu kommen und das wir im März einen verantwortlichen Haushaltsplan 2005 verabschieden können.

Zum Schluss möchte ich mich bei all denen bedanken, die für uns dieses umfangreiche Zahlenwerk erarbeitet haben und uns damit überhaupt in die Lage versetzen, verantwortliche Beratungen durchzuführen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bedanken.